



**Niederschrift**  
**über den öffentlichen Teil der 20. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung**  
**des Kreistages am 16.12.2010**  
**in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

**Teilnehmer:**

**Mitglieder des Kreistages**

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes  
Landrat Hermann Luttmann  
Abg. Heinz-Günter Bargfrede  
Abg. Renate Bassen  
Abg. Angela van Beek  
Abg. Henri Blanken  
Abg. Marcus Blanken bis 12.30 Uhr  
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer  
Abg. Doris Brandt  
Abg. Hedda Braunsburger  
Abg. Günter Brunkhorst  
Abg. Rüdiger Bruns  
Abg. Reinhard Bussenius  
Abg. Heinz-Friedrich Carstens  
Abg. Detlef Cordes  
Abg. Dirk Detjen  
Abg. Klaus Dreyer  
Abg. Hans-Hermann Engelken  
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde  
Abg. Reinhard Frick  
Abg. Dr. Peter Fröhlich  
Abg. Barbara Frömming  
Abg. Erich Gajdzik  
Abg. Heinz-Dieter Gebers  
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley  
Abg. Ingrid Grimm bis 12.45 Uhr  
Abg. Ute Gudella-de Graaf  
Abg. Gerhard Holsten  
Abg. Hans-Joachim Jaap  
Abg. Hinrich Kackmann  
Abg. Rudolf Kahrs  
Abg. Karl-Hans Keller  
Abg. Hans-Jürgen Krahn  
Abg. Volker Kullik  
Abg. Thomas Lauber

Abg. Hartmut Leefers  
Abg. Rolf Lüdemann  
Abg. Klaus Mangels  
Abg. Jan-Christoph Oetjen bis 13.15 Uhr  
Abg. Angelus Pape  
Abg. Bernd Petersen  
Abg. Karlheinz Poredda  
Abg. Marc Reuter  
Abg. Claus Riebesehl  
Abg. Helmut Ringe  
Abg. Jürgen Rudolph bis 12.00 Uhr  
Abg. Detlef Steppat  
Abg. Reinhard Trau  
Abg. Elke Twesten  
Abg. Manfred Wernecke  
Abg. Bernd Wölbern

### **Verwaltung**

Erster KR Dr. Torsten Lühring  
KR Sven Höhl  
KVD'in Heike von Ostrowski  
KVD Markus Pragal  
Frau Marianne Schmidt  
KOAR Gerd Fricke  
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Ralf Borngräber  
Abg. Hans-Heinrich Ehlen  
Abg. Lühr Klee  
Abg. Christian Sonnenwald

### **Tagesordnung:**

#### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages am 15.09.2010
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Umbildung von Ausschüssen und Gremien  
Vorlage: 2006-11/1021

- 7** Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)
  - a) Grundsatzbeschluss
  - b) Antrag der Kreistagsabgeordneten Frömming und Keller vom 17.11.2009 auf Einrichtung einer IGS am Standort Bothel
 Vorlage: 2006-11/1037/1
- 8** Kreisschulbaukasse
  - Änderung des Grundsatzbeschlusses
 Vorlage: 2006-11/1019
- 9** Errichtung eines Förderschwerpunkts Geistige Entwicklung an der Schule am Mahlersberg in Bremervörde
  - Vorlage: 2006-11/1031
- 10** Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Landkreis Rotenburg (Wümme)
  - Vorlage: 2006-11/0998
- 11** Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2011 und Stellenplan 2011
  - 11.1** Anträge zum Haushalt
    - Vorlage: 2006-11/1050
  - 11.2** Haushaltssatzung 2011
    - Vorlage: 2006-11/1044
- 12** Jahresabschluss 2008
  - a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2008 des Landkreises und der Nettoeregietriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
  - b) Entlastung des Landrates 2008
  - c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2008
 Vorlage: 2006-11/1046
- 13** Haushaltsüberschreitung - Unterrichtung
  - Vorlage: 2006-11/1036
- 14** Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen in Geld für Aufgaben der Archäologie
  - Vorlage: 2006-11/1000
- 15** Wertgrenzen für Auftragsvergaben
  - Vorlage: 2006-11/1045
- 16** Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) bei dem Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht
  - Vorlage: 2006-11/1015
- 17** Verordnung über das Naturschutzgebiet "Glindbusch"
  - Vorlage: 2006-11/1007
- 18** Herausnahme des Waldgebietes "Düngel" aus dem Landschaftsschutzgebiet ROW 121 "Ostetal" - 6. Änderungsverordnung -
  - Behandlung des Tagesordnungspunktes in plattdeutscher Sprache -
  - Vorlage: 2006-11/1005
- 19** Satzung des Seniorenrates im Landkreis Rotenburg (Wümme)
  - Vorlage: 2006-11/1038

- 20 Satzung des Beirates des Jobcenters  
Vorlage: 2006-11/1039
- 21 Prüfung der Zwischen- und Verwendungsnachweise für die Errichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel  
Vorlage: 2006-11/1003
- 22 Berufung /Abberufung eines Leiters des Rechnungsprüfungsamtes  
Vorlage: 2006-11/0997
- 23 Anfragen
- 24 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** eröffnet die Sitzung um 9.10 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** begrüßt die Zuhörer, besonders die Schüler einer Verwaltungsklasse des KIVINAN-Bildungszentrums Zeven, die Bürgermeister der Städte Rotenburg (Wümme) und Visselhövede, der Gemeinde Scheeßel und der Samtgemeinde Fintel sowie die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Die Abg. Ehlen, Klee, Borngräber und Sonnenwald fehlen entschuldigt.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Landrat Luttmann** erklärt, der Kreisausschuss habe sich in seiner Sitzung am 02.12.2010 darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 18 „Herausnahme des Waldgebietes „Düngel“ aus dem Landschaftsschutzgebiet „Ostetal“ in plattdeutscher Sprache zu behandeln, falls dies von den Abgeordneten gewünscht werde.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages am 15.09.2010**

---

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages am 15.09.2010 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**Landrat Luttmann** verweist auf die an die Abgeordneten verteilte Tischvorlage und berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 15.09.2010 sei der Kreisausschuss am 04.11. und 02.12.2010 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beantrage bei der Landesschulbehörde Lüneburg die Einrichtung einer neuen Berufsschule „Fachlagerist/in und Fachkraft für Lagerlogistik“ am KIVINAN-Bildungszentrum Zeven sowie die Beschulung des Ausbildungsberufes „Kauffrau/Kaufmann für Spedition und Logistikdienstleistungen“ an den Berufsbildenden Schulen Rotenburg (Wümme), jeweils zum 01.08.2011.
2. Bis zur flächendeckenden Einführung des Digitalfunks könnten mit einem Funkdatenmodul sowohl der bisherige Analogfunk als auch der künftige Digitalfunk parallel und ohne zusätzliche Bedieneinrichtung betrieben werden. Einer der in 2011 fälligen Rettungswagen werde probeweise mit einem Funkdatenmodul ausgerüstet. Die Einsatzleitstelle für Rettungsdienst und Feuerwehr werde ebenfalls entsprechend ausgestattet.
3. Unter der Voraussetzung der Vorlage eines wirtschaftlich tragbaren Konzeptes, welches auch die natur- und landschaftsvertägliche Nutzung des Großen Bullensees und seiner Umgebung berücksichtige, würde der Landkreis den dortigen Pavillon mit Grundstück einem Interessenten kostenlos zur Verfügung stellen.

Der **Landrat** weist ergänzend darauf hin, dass es inzwischen zwei Anfragen von Interessenten für den Bullensee-Pavillon gebe. Es sei vorgesehen, im Frühjahr 2011 durch Inserate in den lokalen Zeitungen weitere Interessenten zu finden.

4. Zur Erfüllung der Aufgaben des Landkreises im Bereich der Schuldnerberatung für Empfänger von Sozialhilfe oder Grundsicherungsleistungen habe der Landkreis eine Vereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Diakonischen Werke im Landkreis Rotenburg (Wümme) geschlossen. Diese Vereinbarung werde bis zum 31.12.2011 verlängert, der vereinbarte Zuschussbetrag werde angepasst.
5. Die Verwaltung werde beauftragt, in der Stellungnahme des Landkreises Rotenburg (Wümme) zum Verordnungsentwurf des Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) eine Ausweitung des Torfabbaus im Bereich des Sotheler Moores um einen 3. Abbauabschnitt nicht zu befürworten.

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Die Arbeitslosenzahlen für den Monat November 2010 seien allen Abgeordneten in einer Übersicht auf den Tisch gelegt worden.
2. Ein aktualisierter Terminplan 2011 für die Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der Fachausschüsse mit dem Stand vom 15.12.2010 sei allen Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden. Damit sei der den Abgeordneten zugesandte Terminplan mit dem Stand 01.12.2010 hinfällig geworden.
3. Im Jahr 2010 bestehende der Landkreis Rotenburg (Wümme) 125 Jahre. Aus diesem Anlass sei das im Jahr 1985 erschienene Buch „Landkreis Rotenburg (Wümme) – 1885 bis 1985“ fortgeschrieben und um die Darstellung der wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen im Kreisgebiet bis zum Jahr 2010 ergänzt worden. Die für den heutigen Tag geplante Veröffentlichung des Buches habe aufgrund von nicht vorhersehbaren Kapazitätsengpässen beim Druck auf die kommende Woche verschoben werden müssen. Das Buch werde allen Kreistagsabgeordneten vor Weihnachten per Post zugesandt.

4. Aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 16. Juni 2010 habe sich der Lenkungsausschuss der Bioenergie-Initiative in Kooperation mit dem Kreisnaturschutzbeauftragten sowie Vertretern der unteren Naturschutzbehörde, der AG Naturschutzverbände und der Landwirtschaftskammer mit der Thematik "Anregungen zur Akzeptanzsicherung von Biogasanlagen" befasst. Man habe sich darauf verständigt, zunächst die Chancen und Risiken von Biogasanlagen mit entsprechenden Maßnahmen und Anregungen den Risiken entgegenzuwirken, zu formulieren. Dieses Papier solle als Grundlage für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit dienen, die von der Bioenergie-Initiative vorangetrieben werde. Ein Ausdruck sei allen Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.

**Abg. Kullik** meint, es würden darin noch keine konkreten Maßnahmen genannt. Seine Frage, ob es sich zunächst um ein Grundsatzpapier handle, wird vom **Landrat** bejaht.

Auf die Frage des **Abg. M. Blanken H. Blanken** (geändert aufgrund Kreistagsbeschluss vom 24.03.2011), aus welchem Grund die AG der Naturschutzverbände nicht an der Erstellung des Papiers beteiligt gewesen sei, antwortet **Landrat Luttmann**, deren Vertreter hätten sich abgemeldet.

5. Die Abgeordneten würden gebeten, in die im Kreistag herumgegebene Liste einzutragen, in welcher Form (Papierform, PDF per E-Mail, CD) sie den Haushaltsplan 2011 übersandt bekommen möchten.
6. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe den Antrag auf Anerkennung eines Zielstaatenbezogenen Abschiebungshindernisses im Falle von Frau Saiti und Frau Ernst abgelehnt. Die Vorsitzende der Nieders. Härtefallkommission habe ihm in einem Gespräch mitgeteilt, dass am 13. Januar 2011 darüber entschieden werde, ob der Antrag der beiden Frauen von der Härtefallkommission zur Beratung angenommen werde. Bis dahin bleibe die durch den Landkreis im November 2010 ausgesprochene Duldung für die beiden Frauen bestehen.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Umbildung von Ausschüssen und Gremien**  
**Vorlage: 2006-11/1021**

---

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** weist darauf hin, dass der Abgeordnete Poredda den Vorsitz der WFB-Kreistagsfraktion an den Abg. Petersen übergeben habe.

Anschließend folgt die Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

### **Beschluss:**

Die personellen Änderungen in der Besetzung des Kreisausschusses und des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau werden zum 01.01.2011 wie folgt festgestellt:

#### Kreisausschuss

Mitglied: Abg. Brandt, Bremervörde-Hesedorf  
Stellv. Mitglied: Abg. Ringe, Oerel (Vertr. für Abg. Brandt)  
Stellv. Mitglied: Abg. Keller, Bothel (Vertr. für Abg. Wölbern)

#### Ausschuss für Hoch- und Tiefbau:

Mitglied: Abg. Ringe, Oerel

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg  
(Wümme)**

**a) Grundsatzbeschluss**

**b) Antrag der Kreistagsabgeordneten Frömming und Keller vom  
17.11.2009 auf Einrichtung einer IGS am Standort Bothel**

**Vorlage: 2006-11/1037/1**

---

**Landrat Luttmann** weist zunächst auf vom Nieders. Kultusminister angekündigte Veränderungen bei den Eckpunkten für die neue Oberschule hinsichtlich der Mindestzügigkeit hin und geht dann auf die Beratung der Angelegenheit im Schulausschuss ein. Nachdem der Schulausschuss dem ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung nur zum Teil gefolgt sei, war die Angelegenheit im Anschluss in der Arbeitsgruppe Schulstruktur des Schulausschusses beraten worden. Den dort erarbeiteten Beschlussvorschlag habe der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

**Abg. Ringe** führt aus, man sei in der Sitzung des Schulausschusses trotz langer Diskussion zu einem gemeinsamen Beschluss gekommen. Er bedauere, dass jetzt erneut über Schulstandorte diskutiert werde und es nicht um die Schülerinnen und Schüler gehe. Das Land Niedersachsen lasse nach wie vor dreizügige Integrierte Gesamtschulen nicht zu. Nach seiner Ansicht hätte den Schulträgern erlaubt werden müssen selbst zu entscheiden, wie viel integrative Zweige eine neue Schule haben solle. Er prophezeit weiteren Ärger, wenn die neue Schulform Oberschule in der jetzigen Form durchgepeitscht werde und er hoffe, dass auch in einer künftigen Oberschule starke integrative Züge enthalten sein würden.

**Abg. Leefers** geht auf die Beratungen zur Schulstruktur in der Arbeitsgruppe des Schulausschusses ein. An vielen Orten im Landkreis seien Begehrlichkeiten wegen der Einrichtung von Gesamtschulen entstanden. Der Kreistag habe sich darauf verständigt, in Mittelzentren keine Gesamtschulen zuzulassen und eine Elternbefragung durchzuführen. Diese habe ergeben, dass allein aufgrund der Schülerzahlen an keinem Standort die Einrichtung einer Gesamtschule möglich gewesen wäre. Am Standort Sittensen habe sich bei positiver Deutung des Ergebnisses der Elternbefragung die Möglichkeit der Einrichtung einer KGS ergeben, dies sei dann vom Kreistag beschlossen worden. Bothel habe bei der Elternbefragung das Ziel knapp verfehlt, auch weil die Eltern aus dem Bereich Visselhövede sich bei der Befragung nicht taktisch verhalten hätten. Die Abg. Frömming und Keller hätten dann den Antrag auf Einrichtung einer IGS am Standort Bothel gestellt, wohl wissend, dass dieser von der Landesschulbehörde abgelehnt werden würde. Anschließend sei in der Arbeitsgruppe eine Resolution zur Schulstruktur erarbeitet und vom Kreistag beschlossen worden. Ziel sei es gewesen, eine Herabsetzung der vom Land geforderten Mindestzügigkeit für Gesamtschulen zu erreichen. Obwohl dieses Anliegen vom Land zunächst abgelehnt worden sei, scheine die Resolution dort nicht ungehört geblieben zu sein, was auch mit den fünf Landtagsabgeordneten aus dem Kreisgebiet zusammenhängen könne. Nachdem die Pläne für die neue Schulform Oberschule bekannt geworden seien, sei hierüber im Schulausschuss beraten worden. Danach habe die Arbeitsgruppe getagt, um einen fraktionsübergreifenden Beschlussvorschlag für den Kreistag zu erarbeiten. Dabei sei das den Abgeordneten als Beschlussvorlage vorliegende Ergebnis erzielt worden. Von besonderer Bedeutung sei, dass kein bestehender Standort durch neue Schulen gefährdet werden dürfe. Das gymnasiale Angebot solle in die Fläche getragen werden. Ein Veto-Recht der betroffenen gemeindlichen Schulträger bei der Einrichtung neuer Gesamtschulen sei nicht aufgenommen worden. Dies halte er für in Ordnung, weil die kommunale Familie sich untereinander verständigen werde, welche Schulform an welchem Standort nötig sei. Hierzu sei ein Anhörungsrecht ausreichend, weil der Kreistag anschließend sicher nicht gegen die kommunale Familie entscheiden werde. Weiter sei wichtig, dass die bestehenden Gymnasien nicht gefährdet werden dürften und die Stadt Visselhövede bei der Einrichtung einer Oberschule mit Eingliederung der Außenstelle des Ratsgymnasiums unterstützt werden solle. Dadurch seien die Chancen für die Errichtung einer IGS in Bothel nicht besser geworden. Auch in der Stadt Rotenburg werde das Modell einer Oberschule mit gymnasialem Zweig angestrebt. Würde in Rotenburg eine IGS eingerichtet, könnten die Schulstandorte Bothel und Visselhövede möglicherweise nicht erhalten werden.

Er spricht sich für die Durchführung einer neuen Elternbefragung zur Einrichtung einer IGS in Bothel aus. Das Befragungsgebiet solle im Schulausschuss festgelegt werden, allein in Bothel würden die Zahlen vermutlich nicht ausreichen. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag der Arbeitsgruppe.

**Abg. Lauber** erklärt, die Diskussion um die Schulstruktur sei auch durch das schlechte Abschneiden der deutschen Schüler bei der PISA-Studie ausgelöst worden. Er stellt die aus seiner Sicht dafür ausschlaggebenden Gründe dar und geht auf unterschiedliche Schulstrukturen in einigen europäischen Ländern ein. In Niedersachsen solle jetzt wieder eine längere gemeinsame Beschulung eingeführt werden. Die Zufriedenheit der Eltern mit dem dreigliedrigen Schulsystem habe abgenommen. Stattdessen würden die Eltern eine längere gemeinsame Beschulung verlangen und gemeinsam mit den Verbänden fordern, die Errichtung von Gesamtschulen zu erleichtern. Darauf habe das Land mit dem jetzigen Gesetzesvorhaben und der neuen Schulform der Oberschule reagiert. Das weitere Festhalten an der Vier- bzw. Fünfüzigkeit von Gesamtschulen sei nicht der richtige Weg. Anschließend erläutert er kurz die Beratung der Angelegenheit im Schulausschuss und bittet um Zustimmung zum vorliegenden Grundsatzbeschluss.

**Abg. Frömming** äußert sich zufrieden mit dem in der Arbeitsgruppe des Schulausschusses erzielten Ergebnis. Allerdings sei sie erschrocken über die Art und den Inhalt der Diskussionen zu diesem Thema in jüngster Zeit. Man könne keine Politik machen, in dem man sich auf einen vom Land hingeworfenen Brocken „Oberschule“ stürze, ohne zu wissen, was dahinter stecke. Dies sei respektlos gegenüber den Kindern und dem Elternwillen. Eine vernünftige Schulbildung sei für die Kinder von besonderer Bedeutung. Alle Kräfte sollten dafür zusammenarbeiten, dass eine IGS im Landkreis eingerichtet werden könne. Es müsse um Inhalte gehen und nicht darum, sich gegenseitig etwas wegzunehmen oder um eine Sicherung von Standorten.

**Abg. Oetjen** geht auf die vom Kreistag beschlossene Resolution zur Schulstruktur und die Reaktion des Landes Niedersachsen darauf ein. Oberstes Ziel der CDU/FDP-Gruppe sei es, eine wohnortnahe Beschulung zu erhalten. Jede Entscheidung des Kreistages habe Auswirkungen auf das gesamte Kreisgebiet. Deshalb müsse der Erhalt aller bestehenden Standorte an erster Stelle stehen. Auch die Einrichtung einer IGS mit drei Zügen hätte Auswirkungen auf andere Schulstandorte. Nach seiner Ansicht sei die neue Oberschule das richtige Modell für den Landkreis Rotenburg (Wümme). Diese könne eine Chance zu einer Weiterentwicklung der Schulstandorte, wie z. B. in Visselhövede, sein. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf werde der Wunsch der Eltern nach einer längeren gemeinsamen Beschulung ermöglicht. Die künftige Oberschule könne nach den Wünschen der örtlichen Schulträger ausgestattet sein. Intention sei, dass vom kooperativen System bis zu einer möglichst weitgehenden Integration alles möglich sein solle. Er hoffe, dass dies im neuen Schulgesetz so abgebildet werden könne. Bei der Errichtung neuer Schulformen müsse Rücksicht auf die betroffenen Nachbargemeinden genommen werden. Auch deswegen habe der Kreistag beschlossen, dass in den Mittelzentren keine Gesamtschulen eingerichtet werden sollen. Über eine Einrichtung von Oberschulen mit gymnasialem Zweig müsse auch in den Mittelzentren vom jeweiligen Schulträger entschieden werden. Das Gebiet für eine neue Elternbefragung zur Einrichtung einer IGS in Bothel solle im Schulausschuss beraten und die betroffenen Gemeinden angehört werden. Der Kompromissvorschlag der Arbeitsgruppe stelle eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis im Sinne der Eltern und Schüler dar. Er sei skeptisch, dass die notwendigen Schülerzahlen für die Einrichtung einer IGS in Bothel erreicht würden und halte eine realistische Betrachtung vor dem Hintergrund der zurückgehenden Schülerzahlen für nötig.

**Abg. Frick** führt aus, die Diskussionen im Schulausschuss und in der Arbeitsgruppe Schulstruktur seien sehr sachlich geführt worden. Kritik an der Landespolitik halte er in der heutigen Debatte für fehl am Platze. Der Kreistag fasse Beschlüsse für den gesamten Kreis. Im Kreistag habe Einigkeit bestanden, alle bestehenden Schulstandorte zu erhalten und das gymnasiale Angebot in der Fläche zu erweitern. Um diese Grundsätze zu kippen gebe es massiven Druck der Elterinitiative Pro IGS Bothel. Dabei sei der Vorwurf laut geworden, andere Standorte wollten ihre Pfründe sichern. Aber in Bothel mache man nichts anderes. Anschließend geht er auf die künftige Entwicklung der Schülerzahlen ein.



Mit Bothel wolle einer der kleinsten Schulstandorte im Landkreis eine IGS einrichten, wofür sicherlich Schüler fehlen würden. Eine Zusammenarbeit der Kommunen sei nicht zustande gekommen, weil man sich nicht auf einen gemeinsamen Standort habe einigen können. Von der Einrichtung einer IGS in Bothel wäre der Standort Rotenburg nicht so stark betroffen wie Visselhövede, Scheeßel und Fintel. Diese würden Schüler verlieren und der Bestand der dortigen Schulen wäre gefährdet. In Visselhövede gebe es Bestrebungen, eine Oberschule einzurichten. Auch Rotenburg habe Interesse an einer Oberschule mit gymnasialem Zweig. In Scheeßel und Fintel seien Gespräche mit der Eichenschule Scheeßel wegen einer Zusammenarbeit bei der Einrichtung einer Oberschule ohne gymnasialen Zweig geführt worden. Nur in Bothel werde an den Beschlüssen zu einer IGS festgehalten und die Augen vor den wahren Schülerzahlen verschlossen. Er beantrage deshalb, den Beschlussvorschlag zu 7 a) in Punkt 3. dahingehend zu ändern, dass vor einer Elternbefragung das Einverständnis der betroffenen Gemeinden einzuholen sei.

**Abg. Steppat** bezeichnet die Landesschulpolitik als Wirrwarr. Erst sei die Orientierungsstufe abgeschafft und das dreigliedrige Schulsystem eingeführt worden, jetzt solle die Oberschule folgen. Dies sei eine Form der Gesamtschule mit lediglich einem anderen Namen. Der Schulausschuss habe mehrheitlich beschlossen, dass eine IGS in Bothel sofort eingerichtet werden solle. Danach seien in der Arbeitsgruppe erneut die Positionen ausgetauscht worden. Dabei sei auch deutlich geworden, dass eine Antragstellung für eine IGS in Bothel zum Schuljahr 2011/12 sinnlos wäre, weil zunächst eine neue Elternbefragung erfolgen müsse und der neue Gesetzestext abgewartet werden solle. Schließlich habe man sich auf den vorliegenden Beschlussvorschlag geeinigt. Er finde es schade, dass der Abg. Frick hiervon abweichen wolle und bitte, dem Beschlussvorschlag der Arbeitsgruppe zu folgen. Es sei richtig, dass den betroffenen Gemeinden ein Recht auf Anhörung eingeräumt werde. Die Schulen in Scheeßel bezeichnet er als gefestigt. Durch die Einrichtung einer IGS in Bothel sehe er keine Gefahr für deren Bestand.

**Abg. Bruns** meint, die Auswirkungen der heute zu treffenden Entscheidungen auf die Zukunft seien nicht klar. Viele Eltern würden durch eine IGS mehr Vorteile für die Schulbildung ihrer Kinder sehen. Dadurch werde Druck entstehen, dem man sich nicht entziehen könne. Deswegen solle der in der Arbeitsgruppe gefundene Konsens beibehalten werden. Der fehlende Schulkonsens auf Landesebene sei der Grund für die anhaltenden Diskussionen. Dies liege nicht nur an den Fraktionen im Landtag, sondern auch an den unterschiedlichen Auffassungen der Verbände. Kultusminister Dr. Althusmann habe in einer Entschließung der CDU-Fraktion zur Schulgesetznovelle seinen Standpunkt verdeutlicht, langfristig zum zweigliedrigen System zu kommen und den Eltern möglichst lange die Entscheidung für den weiteren schulischen Bildungsweg der Kinder offen zu halten. **Abg. Bruns** geht auf die Möglichkeit der Beschulung in einer Oberschule mit integrativen Elementen ein und beschreibt mögliche Auswirkungen auf die Schülerzahlen bestehender Gymnasien. Es stelle sich die Frage, warum nicht auch für eine IGS eine Dreizügigkeit gelten könne. Die SPD tue sich mit der neuen Schulform Oberschule schwer, aber damit wäre ein Schritt in die richtige Richtung möglich. Auf Kreisebene könnten mit einer Oberschule im Nordkreis und in Visselhövede vermutlich viele Elternwünsche erfüllt werden. Aber der freie Elternwille sei für die SPD ein Fixpunkt. Auch die SPD wolle die bestehenden Standorte möglichst erhalten. Wenn sich hinsichtlich der Eckpunkte für die neue Oberschule noch Änderungen ergeben sollten, könnten auch im Landkreis andere Szenarien entstehen. Er bittet darum, dem vorliegenden Beschlussvorschlag ohne Änderung zu folgen und weist darauf hin, dass man damit noch nicht am Ende der Diskussion sei.

**Landrat Luttmann** stellt klar, dass für eine sachgerechte Planung die Entwicklung der Schülerzahlen wichtig sei. Hierzu seien den Abgeordneten aktuelle Zahlen auf den Tisch gelegt worden. Danach sei ein dramatischer Rückgang der Jahrgangsstärken in Klasse 5 von ca. 1.900 Schülern im Schuljahr 2011/12 auf unter 1.300 Schüler bis zum Schuljahr 2020/21 zu verzeichnen. Den Pisa-Studien könne nicht entnommen werden, dass Gesamtschulen den gegliederten Schulsystemen überlegen seien. Vor einem Jahr habe der Kreistag einstimmig eine Resolution zur Schulstruktur beschlossen. Darin sei die Möglichkeit einer weiteren Verschmelzung von Haupt- und Realschulen und eine Verkürzung der geforderten Sicherung der Schülerzahlen auf 10 Jahre gefordert worden.

Genau dies werde mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung erreicht. Er danke dem neuen Nieders. Ministerpräsidenten, der diese Entwicklung möglich gemacht habe. Er begrüße, dass der Schulleiter der Visselhöveder Heidetschule das Angebot der Einrichtung einer Oberschule nutzen möchte. Die Diskussionen über mögliche Schulstrukturen müssten beendet und wieder über Inhalte gesprochen werden. Der **Landrat** weist darauf hin, dass bereits jetzt jedes dritte Abitur im Landkreis an einer Berufsschule abgelegt werde. Er halte es für unverantwortlich, von einer „Selektion“ der Schüler nach der 4. Klasse zu sprechen. Auch die Schüler einer Realschule hätten durchaus die Möglichkeit, das Abitur zu machen. Er habe kein Problem mit der Einrichtung einer IGS im Landkreis, wenn dies von ausreichend Eltern gewünscht würde. Aber der Standort für eine IGS solle einvernehmlich festgelegt werden. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag solle gefolgt und den betroffenen Gemeinden das Recht einer Anhörung eingeräumt werden. Anschließend entscheide der Kreistag. Der Antrag der Abg. Frömming und Keller könne unter Maßgabe der im Kreisausschuss besprochenen Verfahrensweise beschlossen werden.

**Abg. Keller** weist auf die nach der Sitzung des Schulausschusses in der Übersicht korrigierten Schülerzahlen für den Bereich Bothel hin.

**Abg. Lauber** erklärt, seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, falls dem Antrag des Abg. Frick gefolgt werde.

**Abg. Bargfrede** führt aus, eine Oberschule sei das richtige Modell für eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Beschulung im Landkreis. Der in der Fraktion nicht besprochene Antrag des Abg. Frick entspreche der gemeinsamen Resolution der Bürgermeister aus Rotenburg, Visselhövede, Scheeßel und Fintel, nicht aber dem Ergebnis der Beratung in der Arbeitsgruppe. Dies sehe eine Anhörung der Bürgermeister im Schulausschuss und eine anschließende Entscheidung durch den Kreistag vor. Er spricht sich dafür aus, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu folgen.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag des Abg. Frick.

Dieser wird bei 3 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen und 44 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach wird über den schriftlich vorliegenden Beschlussvorschlag zu 7 a) abgestimmt.

#### **a) Grundsatzbeschluss**

##### **Beschluss:**

1. Alle bestehenden Schulstandorte weiterführender Schulen im Landkreis sollen langfristig erhalten bleiben.
2. Der Landkreis unterstützt die Umwandlung bestehender Schulen in Oberschulen und die Errichtung von Gesamtschulen, wo die örtlichen Schulträger dies wollen.
3. Sollte die Errichtung einer Schulform einer Elternbefragung bedürfen, sind die Samt- und Einheitsgemeinden, in deren Gebiet die Befragung stattfinden soll, im Kreisschulausschuss anzuhören. Anschließend entscheidet der Kreistag im Einzelfall über Standort(e) und Befragungsgebiet.
4. Die Gymnasien bleiben unangetastet.
5. Die Außenstelle des Ratsgymnasiums in Visselhövede soll als gymnasialer Zweig an eine Oberschule in Trägerschaft der Stadt Visselhövede angegliedert werden, hilfsweise wird eine übergangsweise Genehmigungsverlängerung für die Außenstelle angestrebt.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Zu 7 b) weist **Landrat Luttmann** auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreis Ausschusses, mit der Maßgabe, dass mit dem Antrag eine neue Elternbefragung zur Einrichtung einer IGS in Bothel angestrebt werde, hin.

**Abg. Keller** erklärt, dies sei zutreffend. Mit dem Antrag werde die Durchführung einer neuen Elternbefragung angestrebt.

#### **b) Antrag der Kreistagsabgeordneten Frömming und Keller vom 17.11.2009 auf Einrichtung einer IGS am Standort Bothel**

##### **Beschluss:**

Die Kreisverwaltung des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird aufgefordert, bei der Landesschulbehörde des Landes Niedersachsen die Einrichtung einer IGS am Standort Bothel einzuleiten und dazu alle notwendigen Schritte zu unternehmen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** unterbricht die Sitzung von 11.00 Uhr bis 11.30 Uhr.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Kreisschulbaukasse  
- Änderung des Grundsatzbeschlusses  
Vorlage: 2006-11/1019**

---

##### **Beschluss:**

Der Buchstabe D., 3. Absatz des Grundsatzbeschlusses des Kreistages über die Beteiligung des Landkreises an den Schulbaukosten und den sonstigen Kosten der Schulen im Landkreis wird wie folgt neu gefasst:

Im Einvernehmen mit allen Samt- und Einheitsgemeinden werden Maßnahmen nicht gefördert, sofern und soweit dies aus Mitteln eines anderen Förderprogramms geschieht, das mindestens den gleichen Fördersatz gewährt.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Errichtung eines Förderschwerpunkts Geistige Entwicklung an der Schule am Mahlersberg in Bremervörde  
Vorlage: 2006-11/1031**

---

**Abg. Ringe** spricht die besondere Bedeutung eines Förderzentrums an. Über Kooperation solle eine inklusive Beschulung erreicht werden.

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** weist darauf hin, dass die Förderschule am Mahlersberg weiterhin bestehe.

**Abg. Frömming** beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Begriff „Förderschwerpunkt“ durch „Förderzentrum“ ersetzt wird.

Hierzu besteht im Kreistag Einvernehmen.

**Beschluss:**

Der Konzeption für die Errichtung eines Förderzentrums Geistige Entwicklung an der Schule am Mahlersberg in Bremervörde wird zugestimmt.

Auf der Grundlage dieser Konzeption beantragt der Landkreis bei der Landes- schulbehörde die gemäß § 106 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) erforderliche Genehmigung.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Landkreis Rotenburg (Wümme)**  
**Vorlage: 2006-11/0998**

---

**Abg. Bussenius** weist darauf hin, dass die Fördermittel zu 75 % aus Mitteln der EU stammen würden. Die kleinen und mittleren Betriebe stellen die Mehrzahl der Arbeitsplätze im Landkreis. Deswegen sei eine Förderung dieser Betriebe wichtig.

**Beschluss:**

Die Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird in der anliegenden Fassung zum 01.01.2011 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2011 und Stellenplan 2011**

---

Punkt 11.1 der Tagesordnung: **Anträge zum Haushalt**  
**Vorlage: 2006-11/1050**

---

**Landrat Luttmann** erklärt, die zum Haushalt 2011 gestellten Anträge seien in den Haushaltsentwurf eingeflossen. Er schlägt vor, die Anträge im Rahmen der Beratung über den Haushalt zu behandeln.

Hierzu besteht im Kreistag Einvernehmen.

**Abg. Holsten** geht zunächst auf die wirtschaftliche Entwicklung ein, die im Jahr 2010 positiver verlaufen sei, als zunächst angenommen. Das Bruttoinlandsprodukt habe sich um 3,7 % erhöht und für 2011 werde eine Steigerung von 2,0 % erwartet. Damit könne der Einbruch aus dem Jahr 2009 fast überwunden werden, aber erst im Jahr 2012 werde voraussichtlich der Stand des Jahres 2008 erreicht. Dies sei dennoch eine erfreuliche Entwicklung von der er hoffe, dass sie in den Folgejahren anhalten werde. Anschließend geht er auf die Einnahmementwicklung des Landkreises ein. Die Einnahmen aus der Kreisumlage würden 57,3 Millionen Euro betragen und damit gegenüber dem Vorjahr um 800.000 Euro steigen. Die Schlüsselzuweisungen vom Land würden sich auf 32,3 Millionen Euro, die Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises auf 5,3 Millionen Euro belaufen. Als weitere Einnahmepositionen spricht er die Zuwendungen des Bundes z. B. für die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, Bußgelder und Gebühren an. Insgesamt weise der Haushalt 2011 im Ergebnishaushalt ca. 219 Millionen Euro an Erträgen und Aufwendungen aus. Für Personalausgaben seien 40,6 Millionen Euro veranschlagt, dies bedeute eine Steigerung von 4,3% die u. a. in einem Personalzuwachs im Jugendhilfebereich begründet sei. Hier solle die präventive Hilfe in den Familien ausgebaut werden. Rund 142 Millionen Euro würden für den Bereich Soziales aufgewendet. Hier betrage der Zuschussbedarf 46 Millionen Euro. Dies bedeute eine Steigerung um 11 Millionen Euro seit dem Jahr 2004. Begründet sei dies in den gestiegenen Aufwendungen für die Grundsicherung, die für immer mehr ältere Menschen gewährt werde. Auch die Aufwendungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte seien gestiegen. Bei den Heimunterbringungen von Kindern und Jugendlichen sei in den Jahren 2005 bis 2010 ein Anstieg um 91% zu verzeichnen gewesen. Der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben sei dagegen laufend zurückgegangen. Die Kommunen seien nicht mehr in der Lage, die notwendigen Investitionen vorzunehmen. Die Verwaltung versuche den steigenden Ausgaben im Sozialbereich u. a. mit mehr Personal für die präventive Hilfe für die Jugendlichen entgegenzuwirken. Auch die Politik werde Mittel für eine verstärkte Vereinsarbeit bereitstellen. Man werde sehen, ob und was diese Maßnahmen bewirken würden. Die Familienpolitik müsse einen ganz anderen Stellenwert bekommen und ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich ausgebaut werden. Die Ausgaben im Bereich Schule und Kultur würden sich auf ca. 25 Millionen Euro belaufen. Damit würden die kreiseigenen Schulen, die Schülerbeförderung, der Schullastenausgleich, die Musikförderung und kulturelle Angebote finanziert. Nach seiner Ansicht müsse mehr in die Ausstattung der Schulen und den Unterricht investiert werden als in Schulbauten. Hierfür sei aber das Land zuständig. Für den Bereich Straßen, Bau und Umwelt würden 22 Millionen Euro aufgewendet. An den hierin enthaltenen Abschreibungen in Höhe von 11,3 Millionen Euro sei abzulesen, dass die Kommunen und der Landkreis bei den investiven Aufgaben unterfinanziert seien. Das strukturelle Defizit belaufe sich insgesamt auf ca. 1 Million Euro. Weil in den Jahren 2008/2009 ein Überschuss gebildet werden konnte, gelte der Haushalt 2011 buchhalterisch als ausgeglichen. Die Kreisverwaltung und der Kreistag hätten vorsichtig gewirtschaftet. Der Landkreis benötige keine Kassenkredite. Gerade im Vergleich zu den Nachbarkreisen könne sich das Ergebnis sehen lassen. Er hoffe auch auf einen im Ergebnis ausgeglichenen Haushalt 2011. Alle beantragten freiwilligen Leistungen hätten berücksichtigt werden können. In einigen Bereichen wie Jugendbetreuung, Sport usw. seien zum Teil noch höhere Beträge in den Haushalt eingestellt worden. Die Netto-Investitionen würden sich auf ca. 10,3 Millionen Euro belaufen, u. a. für die Schulen, den Ausbau der Kindertagesbetreuung und den Breitbandausbau. Auch für die Ortsumgehung Elsdorf im Zusammenhang mit der Autobahnanschlussstelle werde investiert. Nach seiner Ansicht werde dies einen weiteren Schub für den Landkreis bringen. Die Verschuldung steige im kommenden Jahr um 1 Million Euro. Nach 97 Millionen Euro in 2006 habe der Schuldenstand bis zum Jahr 2009 auf 67 Millionen Euro abgebaut werden können. Danach sei bis 2011 leider wieder ein Anstieg bis auf 76 Millionen Euro zu verzeichnen. Dennoch seien die Schulden des Landkreises in erheblichem Maße abgebaut worden. Das ursprüngliche Ziel eines Schuldenstandes unter 50 Millionen Euro hätte erreicht werden können, wenn der Einbruch in 2009 nicht eingetreten wäre.

Dieses Ziel werde aber weiter verfolgt. Insgesamt sei er mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf zufrieden. Er dankt der Verwaltung aber auch dem Kreistag für die umsichtige Arbeit. Er lobt die gute Zusammenarbeit im Finanzausschuss, weist auf die einstimmigen Beschlüsse zum Haushalt in den Fachausschüssen hin und dankt für die sachliche und konstruktive Arbeit. Er bitte, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu folgen.

**Abg. Rudolph** verlässt die Sitzung um 12.00 Uhr.

**Abg. Dreyer** spricht zunächst die Beratungen zum Haushalt 2010 an. Wegen der strittigen Erhöhung der Kreisumlage um 2 % hatte die SPD der Mehrheitsfraktion ein Gesprächsangebot gemacht, das diese jedoch abgelehnt habe. Daraufhin sei der Haushalt im Kreistag nicht einstimmig verabschiedet worden. Jetzt sei offenbar ein Umdenken erfolgt und die SPD freue sich über diesen Wandel. Sowohl die Einnahmen aus der Kreisumlage als auch die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen würden steigen. Dieser Aufschwung sei aber durch eine weitere Verschuldung erkaufte worden. Er weist auf die Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch die Finanzsituation in Ländern wie Griechenland, Irland, Spanien, Portugal oder Italien hin. Der Haushalt des Landkreises werde sich nach den aktuellen Prognosen weiter erholen. Es sei deshalb nicht notwendig, die Kreisumlage zu erhöhen. Hier sei Konstanz wichtig. Die Hauptverwaltungsbeamten hätten sich in Gesprächen mit der jetzigen Festsetzung einverstanden erklärt. Er spricht die besondere Bedeutung der Beteiligung des Landkreises am Programm „Vermittlung 50+“ an. Mit dem Antrag zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Unterstützung der Arbeit in den Jägerschaften wolle die SPD-Fraktion auch erreichen, dass der Landkreis auf diesem Weg Wunden in der Landschaft heile, die durch die zunehmende Vermaischung im Zusammenhang mit dem Bau von Biogasanlagen entstehen würden, weil deren planerische Steuerung angeblich nicht möglich sei. Außerdem solle für die Dörfer ein zusätzlicher Anreiz für eine Beteiligung am Kreiswettbewerb geschaffen werden. Die Entwicklung der Ausgaben im Jugendhilfebereich sei besorgniserregend. Hier bleibe die Verwaltung aufgefordert Maßnahmen zu erarbeiten, um gegensteuern zu können. In der Jugendbetreuung sei mehr ehrenamtliche Arbeit notwendig. Mit dem Antrag der SPD-Fraktion zur Stärkung der Jugendarbeit in den Vereinen könne es gelingen, eine Verbesserung zu erreichen, auch wenn die Maßnahmen mehrere Jahre wirken müssten. Die Unterstützung der Sportvereine durch den Landkreis sei zu begrüßen. Durch eine flächendeckende Einführung von Defibrillatoren werde die Rettungssituation im Landkreis weiter optimiert. Mit den Anträgen der SPD-Fraktion zum Haushalt 2011 werde die Lebenssituation im Landkreis in vielen Bereichen verbessert. Aber man dürfe nicht vergessen, dass die kommunale Ebene über wenig finanzielle Mittel verfüge und hohe Kredite aufweise. Deshalb dürfe das Geld nicht mit vollen Händen ausgegeben werden. Die Kommunen dürften nicht mit Kosten belastet werden, die von Bund oder Land beschlossen würden. Eingriffe in den Finanzausgleich zu Lasten der Kommunen dürften nicht hingenommen werden. Er dankt der Verwaltung und dem Kreistag für die konstruktive Zusammenarbeit.

**Abg. Twesten** führt aus, der Haushaltsentwurf 2011 enthalte auch für die Opposition wenig Anlass zu Kritik. Der Landkreis müsse in Niedersachsen finanziell keinen Vergleich scheuen und bleibe in dieser Hinsicht attraktiv. Noch immer müsse man sich mit den Folgen der Finanzkrise auseinandersetzen. Bei den explodierenden Sozialausgaben sei keine Entlastung in Sicht. Alle Schritte in Richtung Konsolidierung würden von ihrer Fraktion begrüßt. Aber auch nachhaltige Investitionen z. B. für die Kindertagesbetreuung und die Beteiligung am Programm „Vermittlung 50 plus“ seien wichtig. Im ÖPNV müsse die Sicherstellung der Mobilität auch wegen der demographischen Entwicklung ganz oben auf der Agenda stehen. Die Einführung des ROW-Tarifs habe lange gedauert, an einer verbesserten Einbindung in die Verkehrsverbünde in Hamburg und Bremen müsse noch weiter gearbeitet werden. Die Berichterstattung über die Änderungen im Zusammenhang mit dem Winterfahrplan sei nicht positiv gewesen und die Anbindung des Landkreises mit dem Metronom sei nach ihrer Ansicht noch nicht optimal. Zwar würden die vom Landkreis im Bereich der Daseinsvorsorge aufgewendeten Mittel zum Teil vom Bund oder Land erstattet, die Probleme müssten aber vor Ort gelöst werden. Sie begrüße, dass die präventiven Maßnahmen im Jugendhilfebereich ausgebaut würden, es bleibe aber noch viel zu tun.

Kinder von Empfängern von Hartz IV-Leistungen seien besonders betroffen. Deshalb seien auch die Sportförderung im Landkreis und die Jugendarbeit in diesem Bereich besonders wichtig. Sie spricht auch die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in Kirchen und sozialen Organisationen an. Mit Unterstützung aus Mitteln des Konjunkturpaketes II seien wichtige Maßnahmen im Landkreis finanziert und realisiert worden. Auch das Engagement des Landkreises in der Stiftung Lager Sandbostel sei positiv. Hier werde Jugendlichen die Gelegenheit gegeben, vor Ort anschaulich Geschichte zu erleben. Auch sie bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

**Abg. M. Blanken** verlässt die Sitzung um 12.30 Uhr.

**Abg. Oetjen** bezeichnet die Situation im Landkreis Rotenburg (Wümme) im Vergleich zu den Nachbarkreisen als sehr ordentlich. Die jetzigen Spielräume seien auch durch kluge Entscheidungen in der Vergangenheit entstanden. Trotz der niedrigen Arbeitslosenquote würden die Kosten im Sozial- und Jugendhilfereich weiter steigen. Es sei wichtig, in diesem Bereich einen Schwerpunkt bei der Prävention zu setzen. Beim Ausbau der Kindertagesbetreuung dürfe in den Anstrengungen nicht nachgelassen werden. Auch die Ausgaben im Bereich Sport und Kultur sowie beim Straßenbau seien wichtig, hier müssten aber noch mehr Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Deswegen gebe es keinen Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage. Das strukturelle Defizit betrage auch deswegen „nur“ 1 Million Euro, weil der Landkreis nicht alle notwendigen Investitionen tätige. Der Antrag der SPD-Fraktion zur Unterstützung der Arbeit in den Jägerschaften werde unterstützt. Damit werde aber nicht das Problem der vielen Biogasanlagen im Landkreis gelöst. Die Wiedereinführung des Flächenfaktors im Finanzausgleich und die Einführung des Konnexitätsprinzips durch das Land hätten sich für den Landkreis positiv ausgewirkt. Beim ÖPNV sehe er beim Metronom Vor- und Nachteile. Die Pendler aus Scheeßel und Lauenbrück seien möglicherweise länger unterwegs, dafür sei die durchgehende Verbindung von Sottrum nach Bremen und Hamburg positiv. Insgesamt sei dies für den Landkreis eine gute Entwicklung. Einen einstimmigen Beschluss zum Haushalt 2011 halte er für ein gutes Signal, dass der Kreistag gemeinsam an einem Strang ziehe.

**Abg. Steppat** bezeichnet den Haushaltsentwurf 2011 als einen soliden Haushalt mit Perspektiven für die Zukunft. Er sei froh über die vorgesehenen Präventionsmaßnahmen im Jugendhilfereich und der Jugendarbeit in den Vereinen. Noch nicht gut geregelt sei dagegen das Projekt Bullensee. Der Bullensee solle für die Menschen attraktiver gemacht werden. Die Natur dürfe nicht im Glaskäfig gehalten werden, der Mensch müsse Kontakt mit der Natur haben. Der Landrat habe heute von zwei Interessenten für den Pavillon berichtet. Die WFB-Fraktion sei froh über diese Entwicklung und gehe davon aus, dass das Vorhaben bald realisiert werden könne. Seine Fraktion werde deshalb dem Haushalt zustimmen.

**Abg. Dr. Fröhlich** weist zunächst darauf hin, dass er bereits im Rahmen der früheren Beratungen über den Rettungsdienst ein kreisweites Konzept zur Einführung von Defibrillatoren angeregt habe. Anschließend zitiert er aus einem Zeitungsartikel über die Heimunterbringung von Jugendlichen. Der Landkreis sei in der Jugendhilfe mit verstärkter Prävention auf dem richtigen Weg. Kinder würden ihre Persönlichkeitsstrukturen massiv in den ersten drei Lebensjahren entwickeln. Deswegen sei eine frühe Prävention und Betreuung sehr wichtig. Es müsse nach Möglichkeiten gesucht werden, die betroffenen Eltern zu einer besseren Erziehung ihrer Kinder zu veranlassen.

**Abg. Grimm** verlässt die Sitzung um 12.45 Uhr.

**Abg. Brunkhorst** bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanes. Im Wahljahr 2011 könnten aufgrund der ansteigenden Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen alle Anträge bedient werden. Sorge bereite ihm die weiter ansteigende Verschuldung des Landkreises. Aufgrund der positiven Prognosen zur Einnahmeentwicklung für die kommenden Jahre werde er dem Haushaltsplan 2011 zustimmen, mit Ausnahme der Ansätze für die Kempowski-Stiftung und die Stiftung Lager Sandbostel.

**Abg. Kullik** geht auf den Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Unterstützung der Arbeit der Jägerschaften ein. Vermehrte Anstrengungen im Bereich des Artenschutzes seien nach seiner Ansicht gerade wegen des hohen Anteils von Maisanbau im Landkreis Rotenburg (Wümme) von Bedeutung. Der ehrenamtliche Naturschutz durch die Jägerschaften müsse vermehrt eingebunden werden. Mit mehr finanziellen Mitteln könne dies honoriert und damit das Engagement weiter gefördert werden. Außerdem solle mit dem Antrag der Vermaisung der Landschaft entgegen gesteuert werden. Eine erhöhte Nitratbelastung des Grundwassers, die mit dem Maisanbau in Verbindung gebracht werde, sei in einigen Bereichen des Landkreises bereits ein Thema. Bis zu einer notwendigen Änderung des EEG und der Umsetzung des von der Kooperationsinitiative Bioenergie erarbeiteten Grundsatzpapiers sei der Landkreis mit Biogasanlagen übersättigt.

Auf eine Anmerkung des **Abg. Lauber** zur Einbindung der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Rahmen des SPD-Antrages führt **Abg. Dreyer** aus, mit den Fraktionen sei vereinbart, die Einzelheiten zur Umsetzung des Antrages im kommenden Frühjahr zu behandeln.

### **Beschluss:**

Der Erlass der Haushaltssatzung 2011 mit dem Haushaltsplan 2011, der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm und dem Stellenplan 2011 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Jahresabschluss 2008**  
a) **Beschluss über die Jahresabschlüsse 2008 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst**  
b) **Entlastung des Landrates 2008**  
c) **Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2008**  
**Vorlage: 2006-11/1046**

---

**Abg. Holsten** erklärt, der Prüfungsausschuss sei in seiner Sitzung am 01.12.2010 von der Verwaltung ausführlich informiert worden. Für das Jahr 2008 sei erstmals eine Bilanz vorgelegt worden. Alle aufgeworfenen Fragen, auch zum Betrieb Rettungsdienst, seien umfassend beantwortet worden. Der Prüfungsausschuss habe einstimmig die Entlastung des Landrates empfohlen.

### **Beschluss:**

a) Beschluss über den Jahresabschluss: Der Jahresabschluss des Landkreises Rotenburg (Wümme), der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst wird in der vorgelegten Form festgestellt und beschlossen.

b) Entlastung des Landrates: Der Kreistag beschließt gemäß § 65 NLO i. V. m. § 101 Abs. 1 NGO dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung 2008 die Entlastung zu erteilen.



c) Beschluss über die Ergebnisverwendung:

Das ordentliche Ergebnis des Landkreises in Höhe von 11.237.052,98 € wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Das außerordentliche Ergebnis des Landkreises in Höhe von 1.899.841,56 € wird der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Beim Nettoregiebetrieb Rettungsdienst wird der Fehlbetrag im außerordentlichen Ergebnis mit dem ordentlichen Ergebnis verrechnet. Das Gesamtergebnis beträgt insgesamt 0,00 €.

Der Jahresfehlbetrag des Betriebes Abfallwirtschaft in Höhe von 143.073,17 € wird auf die neue Rechnung vorgetragen und mit dem bestehenden Gewinnvortrag verrechnet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitung - Unterrichtung**  
**Vorlage: 2006-11/1036**

---

Der Kreistag nimmt von der eingetretenen Haushaltsüberschreitung in Höhe von 1.200.000 Euro für erhöhte Transferaufwendungen im Teilhaushalt 5 – Jugend und Sport - Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung: **Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen in Geld für Aufgaben der Archäologie**  
**Vorlage: 2006-11/1000**

---

**Beschluss:**

Die Annahme der in der Vorlage genannten Zuwendungen für verschiedene Projekte der Archäologie wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Beschluss:**

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) wendet weiterhin die Landesregelung über die Festsetzung von Wertgrenzen unterhalb der geltenden EU-Schwellenwerte für

1. Bauaufträgen (VOB/A) und
2. Liefer- und Dienstleistungsaufträge (VOL/A)

an. Bezüglich der internen Zuständigkeitsabgrenzung verbleibt es bei den mit Beschluss vom 07.05.2009 festgelegten Wertgrenzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** weist auf die einstimmige Empfehlung des Kreisausschusses hin, den Kreistagsabgeordneten Engelken zur Wahl als ehrenamtlichen Richter bei dem Flurbereinigungsgericht vorzuschlagen.

**Beschluss:**

Zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) bei dem Nieder. Oberverwaltungsgericht in Lüneburg wird vorgeschlagen:

Kreistagsabgeordneter Hans-Hermann Engelken, 27367 Horstedt

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Abg. Bargfrede** erklärt, der Bürgermeister der Ortschaft Mulmshorn und einige betroffene Grundstückseigentümer seien in der CDU-Fraktion angehört worden. Offenbar gebe es noch einige offene Fragen bei der Ausweisung dieses Naturschutzgebietes. Seine Fraktion beantrage deshalb, die Angelegenheit zur erneuten Beratung an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Auf Nachfrage des **Abg. Kullik**, ob es nach der Anhörung in der CDU-Fraktion neue Erkenntnisse gebe und bei der Beratung im Fachausschuss eine andere Entscheidung zu erwarten sei, antwortet **Abg. Bargfrede**, er halte es nicht für ausgeschlossen, dass die gleiche Entscheidung getroffen werde.

**Landrat Luttmann** erklärt, die betroffenen Grundstückseigentümer hätten die Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes bevorzugt, was aber dem Landkreis gegenüber nicht deutlich gemacht worden sei.

**Abg. Petersen** verweist auf seinen Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung, die Ausweisung des Naturschutzgebietes nicht gegen den Willen der betroffenen Eigentümer durchzusetzen. Dem sei der Ausschuss jedoch nicht gefolgt. Er sei froh, dass die Angelegenheit jetzt zurück an den Fachausschuss verwiesen werden solle. Es sei positiv, wenn die Bedenken der Eigentümer von der Politik ernst genommen würden.

**Abg. Dreyer** meint, einstimmigen Empfehlungsbeschlüssen des Fachausschusses und des Kreisausschusses müsste im Kreistag gefolgt werden. Das Verfahren zur Ausweisung des Naturschutzgebietes sei formell sicher in Ordnung gewesen. Aber wenn die Bürger eine erneute Beratung wünschten, sei das zu akzeptieren. Seine Fraktion werde sich bei der heutigen Abstimmung der Stimme enthalten.

**Abg. Lauber** berichtet, im Verfahren zur Vorbereitung der Ausweisung des Naturschutzgebietes „Glindbusch“ seien alle Betroffenen beteiligt worden. Das Verfahren bezeichnet er als sehr transparent und weist auf die von der Verwaltung durchgeführte Informationsveranstaltung hin. Erst spät im Verfahren habe der Bürgermeister der Ortschaft Mulmshorn Bedenken geltend gemacht. Er könne das Anliegen der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen. Nach seiner Auffassung sei das Verfahren korrekt gewesen, er werde einer Verweisung an den Fachausschuss nicht zustimmen.

**Abg. H. Blanken** wirft ein, nachdem beantragt worden sei, diesen Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung nicht inhaltlich zu behandeln, solle jetzt keine Debatte hierüber begonnen werden.

**Abg. Oetjen** verlässt die Sitzung um 13.15 Uhr.

**Abg. Kullik** erklärt, er sei überrascht über die Entwicklung in dieser Angelegenheit. Sowohl im Landschaftsrahmenplan als auch im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises sei das Gebiet „Glindbusch“ als Naturschutzgebiet ausgewiesen. In der Arbeitsgruppe zur Ausweisung des NSG habe es genügend Vorlauf gegeben. Der Abg. Petersen habe seinen Antrag auf Zurückstellung der Angelegenheit in der Fachausschusssitzung zurückgezogen, nachdem die Grundstückseigentümer gehört worden seien. Die Ausweisung sei korrekt vorbereitet worden, deswegen könne die erneute Beratung im Fachausschuss nach seiner Ansicht kein anderes Ergebnis bringen. Um aber den Grundstückseigentümern zu zeigen, dass deren Bedenken ernst genommen würden, werde sich die SPD-Fraktion bei der heutigen Abstimmung der Stimme enthalten. Die mit der Schutzgebietsausweisung zusammenhängenden Einschränkungen seien angemessen und parzellenscharf formuliert worden. Die Quote der Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete im Kreisgebiet sei im Landesvergleich ohnehin nicht sonderlich hoch. Der Fachausschuss und der Kreisausschuss hätten die Ausweisung des Naturschutzgebietes einstimmig empfohlen und mit einer Verweisung werde die geleistete Arbeit der Verwaltung nicht gewürdigt. Möglicherweise hätte die Kreisverwaltung den Betroffenen das Anliegen besser vermitteln müssen. Vielleicht könne die Politik künftig hierbei unterstützen.

### **Beschluss:**

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Glindbusch“ wird zur erneuten Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung verwiesen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 31  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 16

Punkt 18 der Tagesordnung: **Herausnahme des Waldgebietes "Düngel" aus dem Landschaftsschutzgebiet ROW 121 "Ostetal" - 6. Änderungsverordnung -  
- Behandlung des Tagesordnungspunktes in plattdeutscher Sprache -  
Vorlage: 2006-11/1005**

---

### **Beschluss:**

Die 6. Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet ROW 121 "Ostetal" wird in der anliegenden Fassung erlassen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 19 der Tagesordnung: **Satzung des Seniorenrates im Landkreis Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2006-11/1038**

---

### **Beschluss:**

Die Satzung des Seniorenrates im Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 10.08.2010 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 20 der Tagesordnung: **Satzung des Beirates des Jobcenters  
Vorlage: 2006-11/1039**

---

### **Beschluss:**

Der Satzung über die Einrichtung und Tätigkeit des örtlichen Beirats für das Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 21 der Tagesordnung: **Prüfung der Zwischen- und Verwendungsnachweise für die Errichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel**  
**Vorlage: 2006-11/1003**

---

### **Beschluss:**

Für das Projekt Errichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel erfolgt die Prüfung der Zwischen- und Verwendungsnachweise durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 46  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1

Punkt 22 der Tagesordnung: **Berufung /Abberufung eines Leiters des Rechnungsprüfungsamtes**  
**Vorlage: 2006-11/0997**

---

### **Beschluss:**

- a) Herr Bernd Kolepka, geb. 10.10.1951, wird als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes mit Ablauf des 31. Dezember 2010 abberufen.
- b) Herr Wolf Linne, geb. 16. Mai 1966, wird mit Wirkung vom 1. Januar 2011 zum Leiter des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 23 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

**Landrat Luttmann** verweist auf die schriftliche Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 01.11.2010 zu Atomkraftwerken/Endlagern und dem Schutz der Bevölkerung. Die Anfrage mit der Antwort der Verwaltung sei allen Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.

*(Hinweis: Die Anfrage mit der Antwort ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.)*

**Landrat Luttmann** erklärt, der Abg. Brunkhorst habe mit Schreiben vom 25.10.2010 folgende Anfrage zur Beantwortung in der heutigen Kreistagssitzung gestellt:

*„In der Zevener Zeitung vom 29.09.2010 war zu lesen, dass Frau Hildegard Kempowski der Gemeinde Gyhum 100.000 Euro spendet, da wohl ein im Ausland lebender Kempowski-Gönner Mittel bereitgestellt hat. Ich bitte um Beantwortung folgender Fragen, weil nicht nur die jetzt einseitig begünstigte Gemeinde Gyhum, sondern auch der Landkreis sich an der Kempowski-Stiftung mit je 300.000 Euro kommunal beteiligt:*

*1. Sieht die Kreisverwaltung eine Veranlassung, bei der Kempowski-Stiftung und bei der Vorsitzenden, Frau Kempowski, aufzuklären, warum diese Finanzspritze nicht direkt der 1,2 Millionen Euro zustiftungsbedürftigen Kempowski-Stiftung zugeführt werden konnte?“*

Antwort: Nein.

*„2. Besteht überhaupt noch eine Möglichkeit, die Höhe der Kreisbeteiligung nachzuverhandeln, wenn sie kreisseits unter falschen Voraussetzungen der Finanzsituation im Hause Kempowski erfolgt sein sollte?“*

Antwort: Nein. Im übrigen seien die Familienverhältnisse von Frau Kempowski und die Angelegenheiten der Stiftung zu trennen.

**Abg. Graf von Bothmer** fragt, ob die Verwaltung Überlegungen angestellt habe, um Senioren mit Einschränkungen der Beweglichkeit die Möglichkeit zu geben, die Naturschutzgebiete im Landkreis, wie z. B. am Bullensee, zu besuchen. Außerdem möchte er wissen, ob allein die Sozialverbände ältere Menschen, die auf Hilfe bei häuslichen Verrichtungen angewiesen seien, unterstützen würden oder inwieweit der Landkreis auch tätig werden könne.

**Landrat Luttmann** erklärt, diese Fragen könnten in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales behandelt werden.

**Abg. Wölbern** regt im Hinblick auf die Verweisung der Naturschutzgebietsausweisung „Glindbusch“ an den Fachausschuss an, eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung vor der Kreisausschusssitzung am 09.03.2011 zu terminieren.

Punkt 24 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** schließt den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer